Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 37 (1962)

Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rundschau

Der Liegenschaftenbesitz in der Schweiz

In einem Bericht zur Steuerdefraudation schätzt der Bundesrat den Wert des gesamten Liegenschaftenbesitzes in der Schweiz auf annähernd 140 Milliarden Franken. Dabei wird der Brandassekuranzwert aller Gebäude des Landes mit 100 Milliarden, der Baugrund mit einem Viertel des Gebäudewertes, das heißt mit 25 Milliarden, und der Wert des Kulturlandes mit 50 Rappen pro Quadratmeter oder insgesamt mit 11 Milliarden Franken eingesetzt. Von den in den Liegenschaften investierten Vermögen werden nur etwa 75 Milliarden versteuert.

Neue Wohnbauaktion des Kantons Genf

Die Genfer Regierung plant eine Aktion zum Bau von 6000 zusätzlichen Wohnungen im Verlauf von drei Jahren. Die Kosten werden sich auf rund 700 Millionen Franken belaufen. In diesem Programm sind der Bau von Wohnungen für ärmere Kreise, ferner sogenannte Wohnungen zu mäßigem Mietpreis und Mittelstandswohnungen vorgesehen. Die Mietpreise sollen je nach Kategorie für einen Raum (die Küche mitgezählt) 320 bis 360 Franken, 400 bis 750 Franken und 600 bis 1100 Franken betragen.

Ferner stehen gegenwärtig rund 12 000 Wohnungen im Bau oder sind geplant, so daß sich eine eindrückliche Zahl neuer Siedlungen ergibt, wenn das Baugewerbe und die Zementindustrie diesem Rhythmus zu folgen vermögen.

Wohnungen für das Bundespersonal

In der Bundesversammlung wurde ein Kredit für den Ankauf eines Grundstükkes von 39 450 Quadratmetern in Ostermundigen genehmigt. Das Grundstück wird politisch und konfessionell neutralen Wohnbaugenossenschaften des Bundespersonals im Baurecht gegen angemessene Verzinsung zur Verfügung gestellt.

Neuer Rekord der Wohnbautätigkeit im Kanton Zürich

Im Jahre 1961 wurden im Kanton Zürich 11 321 Wohnungen erstellt, das sind 400 Wohnungen mehr als im Vorjahr. Die Städte Zürich und Winterthur weisen jedoch einen Rückgang auf. In Zürich beträgt er 890 und in Winterthur 261 Wohnungen. Dabei weisen beide Städte praktisch keinen Leerwohnungsstand auf. Nach den Erstellern entfallen von 11 321 Wohnungen 83 Prozent auf Private, 13 Prozent auf Genossenschaften und auf die Öffentlichkeit knapp 2 Prozent.

Für das Jahr 1962 wird mit einer weiteren Steigerung des Wohnungsbaues im ganzen Kanton um etwa 10 Prozent gerechnet.

Ein neuer Grünflächenplan für Basel

Der Große Rat des Kantons Baselstadt hat einen neuen Grünflächenplan genehmigt, um der herrschenden Bauflut wirksame Dämme entgegenzustellen und wenigstens ein Minimum des Erwünschten zu bewahren. Soweit das als Grünfläche bestimmte Land nicht schon dem Staat gehört, muß es von den privaten Grundeigentümern zum Verkehrswert, den das Land vor der Einzonung hatte, erworben werden, eventuell sind die Grundeigentümer für das Bauverbot zu entschädigen. Für diese Entschädigungen wird mit einem Betrag von 34,3 Millionen Franken gerechnet. Basel steht zurzeit mit rund 6 Prozent Grünfläche an niedrigster Stelle unter allen Städten des Landes.

Vom Gaswerk Basel

Durch seine Lage an der Landesgrenze und am Rhein ist die Regionalversorgung des Gaswerks Basel für die Versorgung mit Rohstoffen, vor allem Kohle, besonders bevorzugt. Seine Regionalversorgung, die in die Kantone Baselland, Solothurn und Aargau übergreift, entstand hauptsächlich in den Jahren 1926 bis 1929, wobei die Gaswerke Liestal und Rheinfelden mit ihren Verteilnetzen sowie die Gasversorgung Birseck übernommen wurden. Das Rohrnetz mißt heute 646 km. Die Zahl der mit Gas versorgten schweizerischen Gemeinden beträgt 22, ihre Einwohnerzahl 340 000. Vier benachbarte elsässische Gemeinden beziehen ebenfalls Gas von Basel. Gegenwärtig wird der Plan einer Mittellandversorgung ab Basel für die Städte Bern, Biel, Solothurn, Grenchen und Burgdorf studiert.

Aarau erhält Hochhäuser

Die Gemeindeversammlung von Aarau hat einem Überbauungsplan zugestimmt, in welchem unter anderem drei siebzehngeschossige Hochhäuser vorgesehen sind. In die Mehrfamilienhauszone kommen neben den Hochhäusern noch eine Anzahl gewöhnlicher Häuser zu stehen, so daß im ganzen Komplex Wohnraum für 400 Familien geschaffen werden kann.

Baugenossenschaften im Internationalen Genossenschaftsbund

Dem Internationalen Genossenschaftsbund gehörten im Jahre 1960 13 933 Baugenossenschaften mit 3 530 529 Mitgliedern an. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Baugenossenschaften um 1073 und die Zahl der Mitglieder um 250 835 gestiegen. Die Baugenossenschaften, die Mitglieder des IGB sind, verteilen sich auf 22 Länder.

Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Deutschland

In Westdeutschland (Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin) hat im Jahre 1961 der Bau von 290 000 Wohnungen eine Förderung durch die öffentliche Hand erfahren. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden hat sich damit die Zahl der staatlich geförderten Wohnungen gegenüber dem Vorjahr um rund 15 000 vermindert. Dagegen stiegen die für die Wohnbauten veranschlagten Gesamtfinanzierungsmittel (einschließlich Grundstücks- und aller Baunebenkosten) um knapp 10 Prozent auf 11 Md. DM an. 173 000 der geförderten Wohnungen waren in Mehrfamilienhäusern und fast ausschließlich als Mietwohnungen vorgesehen. Weitere 115 000 Wohnungen wurden in 84 000 Ein- oder Zweifamilienhäusern gefördert. Der Anteil der Wohnungen mit mindestens vier Räumen (einschließlich Küche) betrug 1961 70 Prozent der geförderten Sozialwohnungen (Vorjahr 68 Prozent), die durchschnittliche Wohnfläche aller Wohnungen erhöhte sich auf 69,8 (67,9) Quadratmeter.

Die gesamten Herstellungskosten einer Wohnung in vollgeförderten reinen Wohnbauten wurden im Jahre 1961 mit durchschnittlich 35 400 DM veranschlagt. Die durchschnittliche Kostensteigerung um 4400 DM gegen 1960 entfiel zu etwas mehr als der Hälfte auf die gestiegenen Baupreise, im übrigen auf die Vergrößerung der Wohnflächen, bessere Ausstattung der Wohnungen und höhere Grundstückpreise. An öffentlichen Wohnungsbauförderungsmitteln wurden im Jahre 1961 als Darlehen 2756 Millionen und 118 Millionen DM als laufende objektbezogene Beihilfen zur Senkung der Bewirtschaftungskosten auf regelmäßig fünf Jahre bewilligt. 4814 Millionen DM stellten die Kapitalsammelstellen, 3697 Millionen DM die Bauherren aus Eigenkapital, Mieterdarlehen, Aufbaudarlehen und ähnlichem zur Verfügung.